

Referentenentwurf

Geszentwurf

der Landesregierung

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)
- Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII -
und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes -AG KJHG-
-Erstes KiBiz-Änderungsgesetz-

A Problem

Seit Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) am 1. August 2008 ist die von Eltern, Trägern, Beschäftigten und Kommunen an diesem Gesetz geäußerte Kritik nicht verstummt. Dabei standen Fragen der Finanzierung und personellen Ausstattung vor dem Hintergrund deutlich gewachsener Anforderungen an die frühkindliche Bildung im Mittelpunkt. Öffentlich verantwortete Kindertagesbetreuung und frühkindliche Bildung brauchen Rahmenbedingungen, die eine individuelle Förderung von Kindern ermöglichen und die Voraussetzungen für Chancengleichheit und Teilhabe aller Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten ihrer Eltern verbessern. Diesen Anforderungen ist das KiBiz nicht gerecht geworden.

B Lösung

Frühe Bildung ist die Basis für die Entwicklung einer starken Persönlichkeit und für die erfolgreiche Bildungsbiografie junger Menschen. Eltern vertrauen dabei auf die Kompetenz der Einrichtungen der frühen Bildung. Umso wichtiger ist, dass die Rahmenbedingungen für die pädagogische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege so ausgestaltet sind, dass Kinder entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Stärken gefördert werden können.

Dies kann nur unter Einbeziehung aller an diesem Bildungsprozess Beteiligten gelingen. Deshalb ist die Landesregierung in einen Dialog mit den Beteiligten getreten und hat in fünf Regionalveranstaltungen Anregungen und Kritik zum KiBiz entgegengenommen und dokumentiert. Darüber hinaus hat ein externer Gutachter das KiBiz anhand der für das erste Abrechnungsjahr vorliegenden Daten analysiert und ausgewertet. Zudem wurden eine Eltern- und eine Einrichtungsbefragung durchgeführt.

Die Ergebnisse und die Fülle der Änderungsbedarfe bestätigen einen grundlegenden Revisionsbedarf des Gesetzes, für den nicht alle vorgetragenen Anregungen und Kritikpunkte kurzfristig in all ihren Konsequenzen ausgewertet und berücksichtigt werden können. Zudem ist durch die Datenauswertung des ersten KiBiz-Jahres deutlich geworden, dass weitere Analysen erforderlich sind, um die Ausgestaltung eines gerechten und tatsächlich auskömmlichen Förderungs- und Finanzierungssystems, das auch den notwendigen Anforderungen an Transparenz und Qualitätssicherung Rechnung trägt, zu gewährleisten.

In einem ersten Schritt sollen mit diesem 1. KiBiz-Änderungsgesetz Korrekturen herbeigeführt werden, die bereits zum Kindergartenjahr 2011/2012 umgesetzt werden können und die zur Verbesserung der Rahmenbedingungen dringend erforderlich sind. Im Vordergrund stehen dabei folgende Punkte:

- Mit der Finanzierung zusätzlicher Personalstunden für den Einsatz von Ergänzungskräften wird der Personalschlüssel im U3-Bereich verbessert. Gleichzeitig werden die Einsatzmöglichkeiten für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger erweitert und der Tatsache Rechnung getragen, dass hierdurch der besondere pflegerische Aspekt bei der Ausbildung von Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern auf der einen Seite und bei der Betreuung von U3-Kindern auf der anderen Seite berücksichtigt wird.
- Eltern werden weitergehende Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte eingeräumt, die ihnen - unter Wahrung der berechtigten Trägerinteressen - die Möglichkeit eröffnen, sich konstruktiv in den Bildungs- und Erziehungsprozess einzubringen. Denn Eltern sind die wichtigsten Partner für die pädagogischen Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung. Eine Förderung, die das einzelne Kind in den Blick nimmt, kann nur gelingen, wenn die beteiligten Akteure eng

zusammenarbeiten. Darüber hinaus soll auch eine demokratisch legitimierte örtliche und überörtliche Elternmitwirkung ermöglicht werden.

- Die Inklusion wird verbessert und die besonderen Interessen von Kindern mit Behinderungen werden stärker berücksichtigt. Die Finanzierung von unterjährigen Steigerungen bei der Zahl der Kinder mit Behinderungen erfolgt künftig in jedem Einzelfall, d.h., ohne die Anrechnung auf den 10%igen Korridor. Die Pauschale für die Kinder mit Behinderungen wird erhöht, die in der Gruppenform II mit einer wöchentlichen Betreuungszeit von 45 Stunden betreut werden.
- Die Förderung für alle Familienzentren wird verbessert. Darüber hinaus sollen Familienzentren in sozialen Brennpunkten zusätzlich finanziell gestärkt werden, da dringlicher Handlungsbedarf zur Unterstützung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit vor allem bei Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und in benachteiligten Milieus besteht.
- Die Landesregierung wird schrittweise die Elternbeitragsfreiheit für den Kindergarten einführen. Damit wird in Nordrhein-Westfalen ein entscheidender Schritt zu mehr Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe für Kinder gemacht. Zum Kindergartenjahr 2011/2012 wird zunächst die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung eingeführt.
- Die Abschaffung des Verwendungsnachweises trägt dem pauschalierten Finanzierungssystem Rechnung und zur Entbürokratisierung bei.

C Alternativen

Keine.

D Kosten

Die im Gesetz genannten Änderungen werden mit Landesmitteln bezuschusst. Neue Regelungen, die Auswirkungen auf den Landeshaushalt haben werden, sind vor allem

- die Finanzierung der personellen Verstärkung von Gruppen, in denen unterdreijährige Kinder betreut werden, durch Ergänzungskräfte,
- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit aller Familienzentren und besonders derer in sozialen Brennpunkten

- die Einführung der Elternbeitragsfreiheit im letzten Jahr vor der Einschulung.

Zur Finanzierung dieser Schritte wird das Land Mittel bereitstellen. Den Einnahmeausfall, der den Kommunen durch die Einführung der Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr entstehen wird, wird das Land ausgleichen.

Im Haushalt 2011 stehen für den Ausbau und qualitative Verbesserungen frühkindlicher Bildung 242 Mio. EUR zur Verfügung.

Das Finanzierungssystem des KiBiz wird mit der Gesetzesänderung in seiner Grundstruktur noch nicht verändert. Veränderungen der Systematik bleiben einem nächsten Schritt vorbehalten.

E Zuständigkeit

Zuständig ist das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen, beteiligt sind die Staatskanzlei, das Finanzministerium, das Ministerium für Inneres und Kommunales, das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter und das Ministerium für Schule und Weiterbildung.

F Auswirkung auf die Gemeinden

Die Einführung des elternbeitragsfreien Kindergartenbesuchs bzw. der beitragsfreien Kindertagespflege im letzten Jahr vor der Einschulung führt bei Kreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden mit eigenem Jugendamt als örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe zu Einnahmeausfällen. Diese gleicht das Land jedoch mit der pauschalen Übernahme der rechnerisch für die Elternbeiträge veranschlagten 19 % einer Kindpauschale aus, unabhängig davon, ob diese Beträge von den örtlichen Jugendämtern tatsächlich in dieser Höhe vereinnahmt worden sind. Da das reale Aufkommen aus Elternbeiträgen in der großen Mehrzahl der Kommunen deutlich den 19-Prozent-Anteil unterschreitet, werden die Kommunen durch die Maßnahme erheblich entlastet.

Die verbesserte personelle Ausstattung der Gruppen, in denen Kinder unter drei Jahren betreut werden, ist von Kommunen und Trägern im System der Kindpauschalen

mitzufinanzieren. Dies ist jedoch gerechtfertigt, da diese Verbesserung des Personalschlüssels im U3-Bereich in den letzten Jahren von allen Beteiligten immer wieder gefordert wurde und qualitative Verbesserungen im System auf Dauer nur möglich sind, wenn sich alle an der Finanzierung Beteiligten dem nicht verschließen und ihren finanziellen Anteil an diesen Verbesserungen übernehmen.

Im Übrigen werden keine Belastungen der Kommunen eintreten.

G Finanzielle Auswirkung auf Unternehmen und private Haushalte

Finanzielle Auswirkungen auf Unternehmen werden nicht eintreten.

Private Haushalte werden insoweit entlastet, als Eltern für Kinder, die im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung in Kindertageseinrichtungen oder in der Kindertagespflege betreut werden, von der Zahlung von Elternbeiträgen freigestellt werden.

H Befristung

Das Änderungsgesetz benötigt keine eigene Befristung, da in der bisherigen Fassung des § 28 KiBiz bereits eine Berichtspflicht gegenüber dem Landtag bis zum 31. Dezember 2011 normiert war. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird mit Inkrafttreten eine erneute Berichtspflicht nach § 28 Abs. 2 n. F. KiBiz gegenüber dem Landtag bis zum 31. Dezember 2013 eingeführt.

Entwurf eines

Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)

- Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII -

und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes -AG KJHG-

-Erstes KiBiz-Änderungsgesetz-

Artikel 1

Das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz -KiBiz) vom 30. Oktober 2007 (GV.NRW. S. 462), wird wie folgt geändert:

1. Die **Inhaltsübersicht** wird wie folgt geändert:

- a) In der Angabe zu § 9 werden die Worte "und Elternmitwirkung" angefügt.
- b) In der Angabe zu § 23 werden die Wörter "und Elternbeitragsfreiheit" angefügt.
- c) Die Angabe zu § 26 wird wie folgt gefasst:

"§ 26 **Verwaltungsverfahren und Durchführungsvorschriften**"

2. **§ 1 Absatz 2** wird wie folgt geändert:

"Das Gesetz gilt für Kinder, die einen Platz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege in Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen."

3. In **§ 3 Absatz 2 Satz 2** werden die Wörter "(Tagesmutter oder -vater)" gestrichen.

4. **§ 4** wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird Satz 2 gestrichen.
- b) Satz 3 wird Satz 2 und die Wörter "Tagesmutter oder einem Tagesvater" werden durch das Wort "Tagespflegeperson" ersetzt.
- c) In Absatz 1 wird Satz 4 Absatz 2 und wie folgt gefasst:

„(2) Wenn sich Tagespflegepersonen in einem Verbund zusammenschließen (Großtagespflege), so können höchstens neun Kinder insgesamt durch höchstens drei Tagespflegepersonen betreut werden. Jede dieser Tagespflegepersonen bedarf einer eigenständigen Erlaubnis zur Kindertagespflege. Sollen zehn oder mehr Kinder in Großtagespflege betreut werden, so findet § 45 SGB VIII Anwendung.“
- d) Absatz 2 wird Absatz 3 und das Wort "Jugendamt" wird durch die Wörter "örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendamt)" ersetzt.
- e) Absatz 3 wird aufgehoben.
- f) In Absatz 4 werden die Wörter " Tagesmutter oder des Tagesvaters" durch das Wort "Tagespflegeperson" ersetzt.
- g) In Absatz 5 werden die Wörter "Tagesmütter und -väter" durch das Wort "Tagespflegeperson" ersetzt.
- h) In Absatz 6 werden die Wörter "Tagesmutter oder der Tagesvater" durch das Wort "Tagespflegeperson" ersetzt.

5. In **§ 8** Satz 1 werden die Wörter "nach Möglichkeit" ersatzlos gestrichen.

6. **§ 9** wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden die Wörter "und Elternmitwirkung" angefügt.
- b) In Absatz 1 werden die Wörter "sowie Tagesmütter und -väter" durch die Wörter "und Tagespflegepersonen" ersetzt.
- c) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

"Dazu ist den Eltern mindestens einmal im Kindergartenjahr ein Gespräch anzubieten."
- d) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort "Gremien" die Wörter "in der Tageseinrichtung" eingefügt.

e) In Absatz 3 werden nach Satz 1 folgende Sätze 2 und 3 eingefügt:

"Sie wird mindestens einmal im Kindergartenjahr von dem Träger der Kindertageseinrichtung bis spätestens 30. September einberufen. Eine Einberufung hat außerdem zu erfolgen, wenn mindestens ein Drittel der Eltern dies verlangt."

Die Sätze 2 und 3 werden die Sätze 4 und 5.

f) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

"Der Elternbeirat vertritt die Interessen der Elternschaft gegenüber dem Träger und der Leitung der Einrichtung. Dabei hat er auch die besonderen Interessen von Kindern mit Behinderungen und deren Eltern angemessen berücksichtigen. Der Elternbeirat ist vom Träger und der Leitung der Einrichtung rechtzeitig und umfassend über wesentliche Entscheidungen in Bezug auf die Einrichtung zu informieren und insbesondere vor Entscheidungen über das pädagogische Konzept der Einrichtung, über die personelle Besetzung, die räumlich und sächliche Ausstattung, die Hausordnung und die Öffnungszeiten sowie die Aufnahmekriterien anzuhören. Gestaltungshinweise hat der Träger angemessen zu berücksichtigen. Entscheidungen, die die Eltern in finanzieller Hinsicht berühren, bedürfen der Zustimmung durch den Elternbeirat. Hierzu zählen vor allem die Planung und Gestaltung von Veranstaltungen für Kinder und Eltern sowie die Verpflegung in der Einrichtung."

g) Nach Absatz 5 werden folgende Absätze 6 bis 8 angefügt:

„(6) Die Elternbeiräte der Tageseinrichtungen für Kinder können sich auf örtlicher Ebene zu der Versammlung von Elternbeiräten zusammenschließen und ihre Interessen gegenüber den Trägern der Jugendhilfe zu vertreten. Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend. Sie werden dabei von den örtlichen und überörtlichen öffentlichen Trägern der Jugendhilfe unterstützt. Die Versammlung der Elternbeiräte wählt jeweils in der Zeit zwischen dem 1. und dem 31. Oktober jeden Jahres einen Jugendamtselternbeirat. Die Gültigkeit der Wahl des Jugendamtselternbeirates setzt voraus, dass sich zwei Drittel aller Elternbeiräte im Jugendamtsbezirk an der Wahl beteiligt haben. Dem Jugendamtselternbeirat ist vom Jugendamt bei wesentlichen die

Kindertageseinrichtungen betreffenden Fragen die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben.

(7) Die Jugendamtselternbeiräte können sich auf Landesebene in der Versammlung der Jugendamtselternbeiräte zusammenschließen. Die Jugendamtselternbeiräte wählen bis zum 15. November eines jeden Jahres aus ihrer Mitte den Landeselternbeirat. Die Gültigkeit der Wahl des Landeselternbeirates setzt voraus, dass sich Jugendamtselternbeiräte aus zwei Dritteln aller Jugendamtsbezirke an der Wahl beteiligt haben. Dem Landeselternbeirat ist von der Obersten Landesjugendbehörde bei wesentlichen die Kindertageseinrichtungen betreffenden Fragen die Möglichkeit der Mitwirkung zu geben.

(8) Näheres zum Verfahren und über die Zusammensetzung der Gremien auf Jugendamts- und Landesebene regeln die Versammlungen der Elternbeiräte und der Jugendamtselternbeiräte in einer Geschäftsordnung. Der gewählte Landeselternrat erhält bis zu 10.000,00 EUR jährlich zur Erstattung der mit der Wahrnehmung der Aufgaben verbundenen Ausgaben. Die Ausgaben sind dem Landschaftsverband Rheinland jährlich spätestens bis zum 1. Dezember des Jahres nachzuweisen.

7. **§ 10** wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

"Diese können nur entfallen, wenn sicher gestellt ist, dass diese jährlichen Untersuchungen für jedes Kind anderweitig erfolgen."

b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Worte "in Anwesenheit der Kinder" gestrichen.

8. **§ 12** wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"(3) Für Zwecke der Planung und Statistik im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder dürfen anonymisierte Daten nach diesem Gesetz sowie nach § 47 und §§ 98 ff SGB VIII an den Landesbetrieb IT NRW, an die oberste Landesjugendbehörde und an den überörtlichen

Träger der öffentlichen Jugendhilfe übermittelt sowie für Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung verarbeitet werden."

b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

"Zur Beurteilung der Auswirkungen dieses Gesetzes und zu seiner Fortentwicklung sind jährliche Erhebungen über die Einrichtung, die Belegung und die Zuordnung des pädagogischen Personals zu Gruppenbereichen in den Tageseinrichtungen durchzuführen.

Erhebungsmerkmale sind

1. die Einrichtung, gegliedert nach Art des Trägers, Status als Familienzentrum und tatsächlicher Öffnungszeit,
2. die Belegung (Zahl der aufgenommenen Kinder) zum 1. März, gegliedert nach Geschlecht, Alter nach Jahren, Übermittagbetreuung, jeweiligem Betreuungsumfang und Anzahl der Kinder, die in der Familie vorrangig nicht deutsch sprechen,
3. die pädagogischen Gruppenbereiche, gegliedert nach Anzahl, Finanzierung nach diesem Gesetz, pädagogischem Gruppenbereich mit Zuordnung der Fach- und Ergänzungskraftstunden sowie der Personalkraftstunden im Anerkennungsjahr, Leitungsfreistellungsstunden und zusätzlichen Fachkraftstunden im Bereich der Betreuung von Kindern mit Behinderungen."

9. **§ 16** Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

"2. Hilfe und Unterstützung bei der Vermittlung, Beratung oder Qualifizierung von Tagespflegepersonen in Absprache mit dem Jugendamt bieten,"

b) In Nummer 4 wird die Zahl "5" durch die Zahl "6" ersetzt.

c) In Satz 1 wird der letzte Halbsatz (nach Nummer 4) wie folgt gefasst:

"und als Familienzentrum in die örtliche Jugendhilfeplanung aufgenommen sind sowie ein vom Land anerkanntes Gütesiegel "Familienzentrum NRW" haben."

10. **§ 17** Absatz 2 wird wie folgt geändert:

In Satz 2 werden die Wörter "Tagesmütter oder -väter" durch "Tagespflegepersonen" sowie der Punkt am Ende durch die Wörter

"der inhaltlich und nach dem zeitlichen Umfang dem Standard des vom Deutschen Jugendinstitut entwickelten Lehrplans zur Kindertagespflege entspricht."

ersetzt.

11. **§ 19** wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Jahreszahlen "2009/2010" durch "2012/2013" ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"Im Rahmen der Jugendhilfeplanung wird entschieden, welche der in der Anlage zu § 19 Abs. 1 genannten Gruppenformen mit welcher Betreuungszeit in den Einrichtungen angeboten werden. Soweit erforderlich, können grundsätzlich Gruppenformen und Betreuungszeiten dabei kombiniert werden. Die Jugendhilfeplanung hat sicher zu stellen, dass der Anteil der Pauschalen für über dreijährige Kinder, die in den Gruppenformen I und III nach der Anlage zu § 19 mit 45 Stunden wöchentlicher Betreuungszeit betreut werden, den Anteil, den das Jugendamt in der verbindlichen Mitteilung zum 15. März des Vorjahres angemeldet hat, nicht um mehr als 2 v. H. übersteigt. Darüber hinausgehende Überschreitungen kann die Oberste Landesjugendbehörde nur in besonders begründeten Einzelfällen zulassen.

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Aus der Entscheidung der Jugendhilfeplanung nach Absatz 3 ergeben sich bis zum 15. März Höhe und Anzahl der auf eine Einrichtung entfallenden Kindpauschalen. Das Jugendamt ist berechtigt, bereits bewilligte Kindpauschalen zwischen dem 15. März und dem Beginn des Kindergartenjahres im Einvernehmen mit den Trägern im Bedarfsfall auf andere Einrichtungen zu übertragen, wenn dies nicht zu einer Erhöhung des Zuschusses nach § 21 Abs. 1 führt. Über- und Unterschreitungen zwischen den Ergebnissen der Jugendhilfeplanung und der tatsächlichen Inanspruchnahme sind bei der Festsetzung der endgültigen Zahlungen nur zu berücksichtigen, wenn sie bezogen auf die Einrichtung über 10 v. H. der jeweiligen Fördersumme hinausgehen. Satz 3 gilt nicht für Überschreitungen aufgrund von Kindpauschalen für Kinder

mit Behinderung oder Kinder, die von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind, und bei denen dies von einem Träger der Eingliederungshilfe festgestellt wurde."

d) Absatz 4 wird Absatz 5.

e) Absatz 5 wird Absatz 6 und nach Satz 3 wird folgender Satz angefügt:

"Ab dem 1. August 2012 werden für Kinder im schulpflichtigen Alter nur Kindpauschalen für 25 oder 35 Stunden wöchentliche Betreuungszeit gezahlt."

12. **§ 20** wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 3 wird die Zahl "2.559" durch "2.675,90" ersetzt.

Satz 5 wird wie folgt gefasst:

"Für Mietverhältnisse, die nach dem in Satz 2 genannten Zeitpunkt begründet werden, ist der Zuschuss nach Satz 1 auf der Grundlage von Pauschalen zu leisten."

Nach Satz 5 wird folgender Satz 6 angefügt:

"Abweichend davon kann, wenn im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2013" neue Plätze für unterdreijährige Kinder geschaffen worden sind, auch bei Einrichtungen, die im Eigentum einer juristischen Person stehen, an der der Träger mehrheitlich beteiligt ist, ein Zuschuss zur Kaltmiete gewährt werden. "

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

"Bei eingruppigen Einrichtungen, die am 28. Februar 2007 in Betrieb waren, sowie für Waldkindergärten und Einrichtungen in sozialen Brennpunkten, kann unter Berücksichtigung des in Absatz 1 zugrunde liegenden Eigenanteils des Trägers ein weiterer Pauschalbetrag von bis zu 15.000 EUR geleistet werden, wenn der Träger ohne diesen zusätzlichen Betrag die Einrichtung unter Berücksichtigung der nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder zugrunde gelegten anererkennungsfähigen Kosten nicht ausreichend finanzieren kann. "

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

1) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Die im Rahmen dieser Vorschrift gezahlten Mittel sind zur Erfüllung von Aufgaben nach diesem Gesetz zu verwenden."

2) In Satz 2 werden die Wörter "örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe" durch "Jugendamt" ersetzt und die Wörter "und legt diese durch einen vereinfachten Verwendungsnachweis dar" gestrichen.

3) Die Sätze 3 und 4 werden wie folgt neu gefasst:

"Er weist dem Jugendamt den Einsatz des pädagogischen Personals nach. Die Belege sind 3 Jahre nach Abschluss des Kassenjahres aufzubewahren."

4) Satz 5 wird aufgehoben.

d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

1) In Satz 1 werden die Wörter "den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe" durch die Wörter "das Jugendamt" ersetzt.

2) Nach Satz 2 werden folgende Sätze 3 bis 5 angefügt:

"Die Höhe der Rücklage ist dem Jugendamt jährlich anzugeben. Rücklagen sind angemessen zu verzinsen. Das Jugendamt ist zur stichprobenhaften und anlassbezogenen Prüfung der Nachweise berechtigt."

e) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 angefügt:

"Der Landesrechnungshof prüft das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Landesmittel und deren ordnungsgemäße Verwendung. Zu diesem Zweck ist er berechtigt, auch örtliche Erhebungen bei dem Jugendamt und den übrigen Leistungsempfängern vorzunehmen."

13. **§ 21** wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 wird die Zahl "340" durch die Zahl "345" ersetzt.

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Für jedes Familienzentrum im Sinne des § 16 Abs. 1 gewährt das Land dem Jugendamt einen zusätzlichen Zuschuss von 13.000 EUR pro Kindergartenjahr."

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

"(4) Das Land gewährt Familienzentren in sozialen Brennpunkten einen weiteren Zuschuss in Höhe von 1.000 EUR. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend."

d) Nach Absatz 4 (neu) wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„(5) Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung auf Vorschlag des Jugendamtes und der jährlich durch das Haushaltsgesetz festgelegten Höchstgrenzen an dem Verfahren für das vom Land anerkannte Gütesiegel "Familienzentrum NRW" teilnehmen, erhalten einen zusätzlichen Zuschuss von 13.000 EUR pro Kindergartenjahr. Die Landesregierung legt die Verteilung der in das Verfahren aufzunehmenden Einrichtungen auf die Jugendämter fest. Die Verteilung kann sich nach der Zahl der Kinder im Jugendamtsbezirk im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kinder in der gewählten Altersgruppe in Nordrhein-Westfalen oder nach der sozialen Belastung im Jugendamtsbezirk richten. Im Einzelfall kann der Zuschuss ein weiteres Kindergartenjahr gewährt werden. Absatz 2 Satz 2 und Absatz 4 gelten entsprechend."

e) Absatz 4 wird Absatz 6.

f) Absatz 5 wird aufgehoben.

g) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

1) Absatz 6 wird Absatz 7.

2) In Satz 2 werden die Wörter "Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe" durch die Wörter "Das Jugendamt" ersetzt. Die Wörter "an Ganztagsplätzen" werden gestrichen.

3) Satz 3 wird gestrichen.

h) Nach Absatz 7 (neu) wird Absatz 8 angefügt:

"(8) Zum Ausgleich des durch die Elternbeitragsbefreiung nach § 23 Abs. 3 entstehenden Einnahmeausfalls gewährt das Land dem Jugendamt einen Zuschuss in Höhe von 19 v. H. eines Drittels der Summe der Kindpauschalen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung. § 19 Abs. 2 gilt entsprechend."

14. **§ 22** wird wie folgt geändert

- a) In Absatz 1 wird die Zahl "725" durch die Zahl "736" ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 Nummern 1, 2, 4 und 5 werden jeweils die Wörter "Tagesmutter oder der Tagesvater" durch "Tagespflegeperson" ersetzt.
- c) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 werden die Wörter "Tagesmutter oder des Tagesvaters" durch "Tagespflegeperson" ersetzt.
- d) In Satz 1 Nr. 4 werden die Wörter "oder von einem sonstigen Träger im Sinne des § 4 Abs. 3" gestrichen.
- e) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"(3) § 19 Abs. 4 S. 1 gilt entsprechend."
- f) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

"(4) Zum Ausgleich des durch die Elternbeitragsbefreiung nach § 23 Abs. 3 entstehenden Einnahmefalls gewährt das Land dem Jugendamt für ein Drittel der Kinder in der Kindertagespflege im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung einen Zuschuss je Kind in Höhe von jährlich 1.440 EUR."

15. **§ 23** wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden am Ende die Wörter "und Elternbeitragsfreiheit" angefügt.
- b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"(3) Die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die am 1. August des Folgejahres schulpflichtig werden, ist beitragsfrei. Abweichend von Satz 1 ist für Kinder, die ab dem Schuljahr 2012/2013 vorzeitig in die Schule aufgenommen werden, die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege ab dem der verbindlichen Anmeldung zum 15.11. folgenden Monat für maximal 12 Monate beitragsfrei. "
- c) Absatz 3 wird Absatz 4.
- d) Absatz 4 wird Absatz 5 und in Satz 1 werden nach den Wörtern "von Kindertageseinrichtungen" die Wörter "oder Kindertagespflege" eingefügt.
- e) Absatz 5 wird Absatz 6.

16. **§ 26** wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

"§ 26 Verwaltungsverfahren und Durchführungsvorschriften"

b) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz vorangestellt:

"(1) Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, gelten die Vorschriften des Sozialgesetzbuches - Verwaltungsverfahren - (SGB X) entsprechend."

c) Absatz 1 wird Absatz 2.

d) In Absatz 2 (neu) Nummer 2 werden die Wörter "1. Januar 2010" durch die Wörter "Kindergartenjahr 2012/2013" ersetzt.

e) Absatz 2 (neu) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

"3. das Nähere zum Verwaltungsverfahren zur Gewährung der Landeszuschüsse und zu den Kriterien für soziale Brennpunkte i. S. von § 20 Abs. 3 und nach § 21 Abs. 4 zu regeln,"

e) Absatz 2 wird Absatz 3.

17. **§ 27** wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 werden aufgehoben.

b) Absatz 3 wird Absatz 1.

c) Absatz 4 wird Absatz 2.

In Satz 1 werden nach dem Wort "Betriebskostenverordnung" die Worte "vom 11. März 1994 (GV. NRW.S. 144), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 29. April 2003 (GV. NRW. S. 254)" eingefügt.

Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 angefügt.

"Die vorhandenen Rücklagen sind angemessen zu verzinsen."

d) Absatz 5 wird aufgehoben.

18. **§ 28** wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird Absatz 1 und wie folgt gefasst.

"(1) Die Landesregierung überprüft in einem weiteren Schritt unter Einbeziehung der Kommunalen Spitzenverbände, der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, der Eltern, der Beschäftigten und ihrer Verbän-

de weitere Punkte, insbesondere die Bedarfsgerechtigkeit der Angebotsstruktur, das Finanzierungssystem, die Auskömmlichkeit der Pauschalen, den Betreuungsschlüssel und die zusätzliche Sprachförderung."

b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

"(2) Die Landesregierung berichtet dem Landtag über die Auswirkungen des Gesetzes bis zum 31. Dezember 2013."

Entwurf

19. Anlage zu § 19 wird wie folgt geändert:

a) In den Tabellen werden die dritte und vierte Spalte wie folgt gefasst:

Anlage zu § 19

1. Gruppenformen

Gruppenform I: Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung

	Kinderzahl	Wöchentliche Betreuungszeit	Kindpauschale in EUR	Personal
a	20 Kinder	25 Stunden	5.084,60	2 Fachkräfte und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 55 Fachkraftstunden (FKS) und 12 Ergänzungskraftstunden (EKS) sowie 12,5 sonstige Personalkraftstunden/Personalkosten (PKS) einschließlich Freistellung
b	20 Kinder	35 Stunden	6.809,20	2 Fachkräfte und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 77 FKS und 16 EKS sowie 17,5 sonstige PKS einschließlich Freistellung
c	20 Kinder	45 Stunden	8.706,39	2 Fachkräfte und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 99 FKS und 20 EKS sowie 22,5 sonstige PKS einschließlich Freistellung

Die Zahl der Kinder im Alter von 2 Jahren soll mindestens 4 aber nicht mehr als 6 betragen.

Gruppenform II: Kinder im Alter von unter drei Jahren

	Kinderzahl	Wöchentliche Betreuungszeit	Kindpauschale in EUR	Personal
a	10 Kinder	25 Stunden	10.445,57	2 Fachkräfte und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 55 FKS und 12 EKS sowie 15 sonstige PKS einschließlich Freistellung
b	10 Kinder	35 Stunden	14.005,30	2 Fachkräfte und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 77 FKS und 16 EKS sowie 21 sonstige PKS einschließlich Freistellung
c	10 Kinder	45 Stunden	17.910,21	2 Fachkräfte und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 99 FKS und 20 EKS sowie 27 sonstige PKS einschließlich Freistellung

Gruppenform III: Kinder im Alter von drei Jahren und älter

	Kinderzahl	Wöchentliche Betreuungszeit	Kindpauschale in EUR	Personal
a	25 Kinder	25 Stunden	3.309,82	1 Fachkraft und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 27,5 FKS und 27,5 EKS sowie 10 sonstige PKS einschließlich Freistellung
b	25 Kinder	35 Stunden	4.418,37	1 Fachkraft und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 38,5 FKS und 38,5 EKS sowie 14 sonstige PKS einschließlich Freistellung
c	20 Kinder	45 Stunden	7.081,18	1 Fachkraft und 1 Ergänzungskraft, insgesamt 49,5 FKS und 49,5 EKS sowie 18 sonstige PKS einschließlich Freistellung

Für die Kinder mit Behinderung oder Kinder, die von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind, und bei denen dies von einem Träger der Eingliederungshilfe festgestellt wurde, erhält der Träger der Einrichtung grundsätzlich den 3,5fachen Satz der Kindpauschale IIIb. In den Fällen, in denen diese Kinder in der Gruppenform II mit 45 Stunden wöchentlicher Betreuungszeit betreut werden, wird die Kindpauschale IIc um 1.000 EUR erhöht.

Die sich aus der Anwendung des § 19 Abs. 2 ergebenden Veränderungen sind in den Tabellenwerten zu den Kindpauschalen nicht enthalten.

b) Punkt 2. wird aufgehoben.

c) Punkt 3. wird aufgehoben.

Artikel 2

Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes -AG KJHG-

In § 1a wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 angefügt:

"(3) Kreisangehörige Gemeinden, die nicht örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, können für den örtlichen Bereich Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen. Die Planung und Durchführung dieser Aufgaben ist in den wesentlichen Punkten mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe abzustimmen. Die Gesamtverantwortung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe bleibt unberührt. Für die Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe gelten die §§ 4, 74, 76 und 77 Aches Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe -entsprechend."

Artikel 3

(1) Artikel 1 tritt am 1. August 2011 in Kraft.

(2) Artikel 2 tritt am Tage nach Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Die Landesregierung

Nordrhein-Westfalen

Die Ministerpräsidentin

Der Finanzminister

Der Minister für Inneres und Kommunales

Der Minister für Arbeit, Integration und Soziales

Die Ministerin

für Schule und Weiterbildung

Die Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Die Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Wurf

Begründung

A Allgemeiner Teil

Die Erkenntnis über die Bedeutung der frühkindlichen Bildung für eine erfolgreiche Bildungsbiografie junger Menschen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Damit ist neben der Erziehungsverantwortung der Eltern die Kindertagesbetreuung immer mehr in den öffentlichen Fokus gerückt. Hiermit verbunden sind eine höhere Wertschätzung der in der Kindertagesbetreuung geleisteten Arbeit auf der einen, aber auch deutlich gestiegene Anforderungen auf der anderen Seite. Kindertageseinrichtungen sind heute mehr denn je Bildungseinrichtungen mit dem Auftrag, Kinder individuell zu fördern. Dabei hat sich die Altersstruktur der betreuten Kinder verjüngt. So besuchen Schulkinder inzwischen vorrangig die Offene Ganztagschule, hingegen ist der Betreuungsbedarf der unterdreijährigen Kinder - auch vor dem Hintergrund des bevorstehenden Rechtsanspruchs für die ein- und zweijährigen Kinder - deutlich gestiegen.

Umso wichtiger ist, dass die Rahmenbedingungen, unter denen öffentlich verantwortete Kindertagesbetreuung stattfindet, die individuelle Förderung von Kindern sicherstellen können. Zudem ist das Betreuungsangebot unter dem immer wichtiger werdenden Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarfsgerecht auszugestalten. Diesen Ansprüchen hat das am 1. August 2008 in Kraft getretene Kinderbildungsgesetz nicht Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung der zeitlichen Abläufe in der örtlichen Jugendhilfeplanung, können allerdings nicht alle der im Rahmen der Evaluation dokumentierten Änderungsbedarfe in einem Schritt und bereits zum Beginn des nächsten Kindergartenjahres in gesetzliche Änderungen einfließen.

In einem ersten Schritt sollen mit dem 1. KiBiz-Änderungsgesetz die Änderungen vorgenommen werden, die noch zum nächsten Kindergartenjahr notwendig sind, um dringend erforderliche Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen einzuleiten.

Neben redaktionellen Anpassungen und Klarstellungen sollen insbesondere folgende Änderungen vorgenommen werden:

Bei der Forderung nach einer besseren Personalausstattung stand von Anfang die Betreuung der unterdreijährigen Kinder im besonderen Blickpunkt. Um hier schnell eine qualitative Verbesserung zu erzielen, soll die personelle Mindestausstattung in den Gruppenformen I und II um zusätzliche Ergänzungskraftstunden erweitert werden. Die Kindpauschalen werden um die hierdurch entstehenden Kosten angehoben. Gleichzeitig wird durch diese Maßnahme die Einsatzmöglichkeit von Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern deutlich erweitert. Dies berücksichtigt sowohl den pflegerischen Aspekt in deren Ausbildung als auch in der Betreuung der unterdreijährigen Kinder.

Die Rolle der Eltern wird durch die Erweiterung der Mitwirkungsrechte gestärkt. Eltern begleiten ihre Kinder von Geburt an, sie sind Experten für ihre Belange und Bedürfnisse. Umso notwendiger ist die gelingende Erziehungspartnerschaft von Eltern, Fachkräften und Trägern von Kindertageseinrichtungen und von Tagespflegepersonen. Das setzt voraus, dass Eltern - unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Träger und Beschäftigten - soweit wie möglich in die Entscheidungen und Gestaltungsprozesse vor Ort einbezogen werden und ihnen so die Möglichkeit eingeräumt wird, sich entsprechend ihrer Rolle aktiv in den Alltag der Kindertageseinrichtungen einzubringen. Darüber hinaus wollen Eltern sich auch dort einbringen, wo auf Jugendamts- oder Landesebene übergreifend Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse stattfinden.

Der Inklusionsansatz des UN-Übereinkommens über die Rechte der Menschen mit Behinderungen wird stärker berücksichtigt. Das 1. KiBiz-Änderungsgesetz rückt die besonderen Interessen von Kindern mit Behinderungen und deren Eltern deutlicher in den Blickpunkt. Dies wird auch an der Finanzierung des Landes von unterjährigen Steigerungen bei der Zahl der Kinder mit Behinderungen deutlich. Künftig beteiligt sich das Land an den erhöhten Pauschalen in jedem Einzelfall einer festgestellten Behinderung unabhängig davon, ob ein solcher Platz schon vor dem Kindergartenjahr angemeldet war. Außerdem wird die Pauschale für die Kinder mit Behinderungen erhöht, die in der Gruppenform II mit einer wöchentlichen Betreuungszeit von 45 Stunden betreut werden.

Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit können gezielter unterstützt werden, wenn Kinder und Eltern gleichzeitig gefördert werden. Daher werden die Familienzentren künftig finanziell besser ausgestattet. Handlungsbedarf besteht vor allem bei Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und in benachteiligten Milieus. Die Landesregierung wird deshalb bei der Förderung der Familienzentren in sozialen Brennpunkten einen Schwerpunkt setzen.

Der Zugang zur Bildung muss für alle möglich sein, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern. Die Verwirklichung dieses Grundsatzes hat sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt. Deshalb wird mit dem 1. KiBiz-Änderungsgesetz die Elternbeitragsfreiheit in einem ersten Schritt eingeführt, die allen Kindern diesen Zugang ermöglicht. Zum Kindergartenjahr 2011/2012 wird zunächst die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung eingeführt. Dies ist ein wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit und für die Verwirklichung gesellschaftlicher Teilhabe und entlastet gezielt Familien mit Kindern. Zudem leistet das Land hierdurch auch einen Beitrag zur finanziellen Entlastung der Kommunen, indem ihnen im Bereich der Elternbeiträge künftig insofern nicht mehr das Risiko der tatsächlichen Kostendeckung obliegt.

B Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz -KiBiz) -Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes SGB VIII-)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Zu Buchstabe a)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Nr. 6 Buchstabe a))

zu Buchstabe b)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Nr. 15)

zu Buchstabe c)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Nr. 16 Buchstabe a))

Zu Nummer 2 (§ 1)

Die Neufassung hat klarstellende Funktion. Die bisherige Fassung konnte bei wörtlicher, nicht EU-konformer Auslegung und unter Außerachtlassung von § 7 zu Missverständnissen führen. Mit der Bestimmung wird nun deutlich, dass beispielsweise EU-Ausländern oder deutschen Staatsangehörigen mit gewöhnlichem Aufenthalt im EU-Ausland der Zugang zur Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen auch unter Hinweis darauf, dass ihre Kinder keinen hiesigen gewöhnlichen Aufenthalt haben, nicht verweigert werden kann.

Zu Nummer 3 (§ 3)

Redaktionelle Änderung, die die Bezeichnung für das Personal in Kindertagespflege sprachlich der des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) anpasst, geschlechtergerecht ist und die Lesbarkeit erleichtert.

Zu Nummer 4 (§ 4)

Zu Buchstabe a)

Durch die Streichung der Erweiterungsmöglichkeit der Pflegeerlaubnis auf acht fremde Kinder im Einzelfall wird die Familienähnlichkeit dieses Betreuungsangebotes stärker in den Mittelpunkt gerückt. Die Streichung beschränkt auch das sog. Platzsharing auf fünf Kinder. Die Begrenzung auf fünf Kinder unterbindet, dass Tagespflegepersonen aus wirtschaftlichen Gründen möglichst viele Betreuungsverhältnisse eingehen, ohne den einzelnen Kindern ein jeden Tag gleichartiges Betreuungsangebot bieten zu können, weil sie an jedem Tag mit anderen Kindern zusammen betreut werden. Gleichzeitig stärkt die Reduzierung auf 5 Betreuungsverhältnisse die Erziehungspartnerschaften, die die Tagespflegepersonen einget, weil sie für sie überschaubarer und dadurch intensiver werden können.

Da die Erlaubnis zur Kindertagespflege auf (bis zu) fünf Jahre befristet ist (§ 43 SGB VIII), gibt es Erlaubnisse, die auf der Basis der alten Fassung des § 4 rechtmäßig die Betreuung von acht fremden Kindern erlauben. Wegen des Vertrauensschutzes bleiben diese Erlaubnisse zunächst gültig. Die Streichung des Satzes 2 a. F. muss erst bei Verlängerungs- oder Neubeartragungen berücksichtigt werden.

Zu Buchstabe b)

Redaktionelle Klarstellung (s. zu Nr. 3)

Zu Buchstabe c)

Die Abtrennung von Absatz 1 Satz 4 a. F. in einen neuen Absatz 2 hat klarstellende Funktion. Mit der nur sprachlich neuen Beschreibung von Tagespflegestellen mit mehreren Tagespflegepersonen wird der bisherige Regelungsgehalt der Vorschrift nicht verändert. Neu eingeführt wird der Begriff der "Großtagespflege" für diese Betreuungsform, um sprachlich deutlicher von den Zusammenschlüssen von Tagespflegepersonen im Sinne des § 23 Abs. 4 Satz 3 SGB VIII abzugrenzen. Auch künftig dürfen in dieser Großtagespflege nur höchstens neun Kinder insgesamt betreut werden. Das heißt, ein so genanntes Platzsharing ist nur innerhalb einer Gesamtzahl von neun betreuten Kindern möglich. Unverändert dürfen in einem solchen Verbund nicht mehr als neun Betreuungsverhältnisse eingegangen werden und es dürfen diese neun Kinder von nicht mehr als drei Tagespflegepersonen betreut werden. Letztere Einschränkung wird zur Verdeutlichung der Abgrenzung zur Kindertageseinrichtung und zur Wahrung des familienähnlichen Charakters aus der Begründung zu § 4 Abs. 1 Satz 4 a. F. in den Wortlaut der Vorschrift aufgenommen.

In Satz 2 des Absatzes wird redaktionell klar gestellt, was bereits nach Absatz 1 Satz 4 a. F. galt, dass jede Tagespflegeperson geeignet sein muss und einer eigenen Erlaubnis zur Kindertagespflege nach § 43 SGB VIII bedarf.

Auch Satz 3 hat ausschließlich klarstellende Funktion. Zwar macht das Land bewusst keinen Gebrauch vom Landesrechtsvorbehalt des § 43 Absatz 3 Satz 3 SGB VIII, wie er durch das "Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege" (KiföG) in das Achte Sozialgesetzbuch aufgenommen wurde: Eine gleichzeitige Betreuung von mehr als fünf anwesenden Kindern durch eine Person ist in Nordrhein-Westfalen auch dann nicht möglich, wenn die Person über eine pädagogische Ausbildung verfügt. Aber der Bezug auf die Zahl der Kinder, die in einer vergleichbaren Gruppe einer Tageseinrichtung betreut werden können (in Nordrhein-Westfalen wären dies zehn Kinder in der Gruppenform 2 nach Anlage zu § 19) zeigt die Bedeutung einer zahlenmäßigen Grenze zwischen der insti-

tutionellen Betreuung, für die eine Betriebserlaubnis erforderlich ist, und der familienähnlichen Kindertagespflege.

Zu Buchstabe d)

Die Änderung der Nummerierung ist eine Folgeänderung zu Buchstabe c). In Absatz 3 n. F. wird eine Legaldefinition für den Begriff "Jugendamt" eingefügt, um die bisherige Uneinheitlichkeit und eine damit einhergehende Verunsicherung z. B. wegen der unterschiedlichen Begrifflichkeit in Absatz 3 a. F. und Absatz 6 a. F. zu beenden.

Zu Buchstabe e)

Die Regelung ist überflüssig. Die Vermittlung von Tagespflegepersonen erfolgt üblicherweise nicht durch privat gewerbliche Träger, sondern, wenn nicht durch das Jugendamt selbst, auch wegen § 74 SGB VIII durch freie Träger der Jugendhilfe. Die Vermittlung in Kindertagespflege ist eine fachliche Tätigkeit des Jugendamtes, durch die ein Kind, seine Eltern und die Tagespflegeperson mit dem Ziel zusammen geführt werden, eine regelmäßige Familien ergänzende Betreuung und Förderung des Kindes sicherzustellen. Dabei kann die Auswahl nur unter geeigneten Tagespflegepersonen erfolgen. Das Jugendamt ist frei, die Vermittlung an einen Träger, zum Beispiel den eines Kindertagespflegevereins oder eines Familienzentrums zu übertragen. Bei einer Übertragung der Vermittlung werden in einer Vereinbarung zwischen dem Jugendamt und dem Dienstleister der Vermittlung die zu erbringenden Leistungen beschrieben sowie eine Übereinkunft über Kosten- und Finanzierungsmodalitäten erzielt. Die Gesamtverantwortung bleibt in jedem Fall beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe (§ 79 Abs. 3 SGB VIII).

Zu Buchstaben f) bis h)

Redaktionelle Änderungen (s. zu Nr. 3).

Zu Nummer 5 (§ 8)

Die Streichung entspricht dem Inklusionsansatz des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Diese redaktionelle Klarstellung unterstreicht das Ziel, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in allen Le-

bensbereichen voran zu bringen und ihnen uneingeschränkte, selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen.

Zu Nummer 6 (§ 9)

Zu Buchstabe a)

Mit dem Zusatz in der Überschrift wird zum Ausdruck gebracht, dass die Elternbeteiligung sowohl qualitativ in den Tageseinrichtungen gestärkt als auch im Hinblick auf eine demokratisch legitimierte Mitwirkungsmöglichkeit auf örtlicher und überörtlicher Ebene erweitert wird.

Zu Buchstabe b)

Redaktionelle Änderung (s. zu Nr. 3).

Zu Buchstabe c)

Die Aufnahme eines Satzes 3 hat klarstellende Funktion. Die Ergänzung soll sicherstellen, dass den Eltern der Anspruch und die Bedeutung der regelmäßigen Information über den Stand des Bildungs- und Entwicklungsprozesses in jedem Fall bekannt werden, damit sie von diesem Recht auf regelmäßige Information Gebrauch machen können. Für eine individuelle Förderung der Kinder ist eine Erziehungspartnerschaft zwischen dem pädagogischen Personal in der Einrichtung beziehungsweise den Tagespflegepersonen und den Eltern unerlässlich. Mit der Ergänzung wird das Angebot an die Eltern zu den in der Regel ohnehin stattfindenden Gesprächen gesetzlich festgeschrieben.

Zu Buchstabe d)

Die Änderung hat klarstellende Funktion. Die Wörter "in der Tageseinrichtung" werden in Satz 2 aufgenommen, um die Selbstorganisationshoheit dieser Gremien von der in dem neuen Absatz 8 unterscheiden zu können.

Zu Buchstabe e)

Die Einfügung von Satz 2 in Absatz 3 ist erforderlich, um eine örtliche und überörtliche Elternmitwirkung zu ermöglichen. Die Elternversammlung ist das Gremium, das den Elternbeirat wählt und damit die Grundlage für die demokratische Legitimation der Vertretungspersonen für die örtliche Ebene gibt. Die Festlegung auf einen spä-

testen Einberufungstermin für die Elternversammlung ist erforderlich, damit sich die Elternbeiräte auf örtlicher Ebene zu einem Zeitpunkt versammeln können, der die Elternmitwirkung auf Jugendamts- und auf Landesebene ermöglicht (s. Buchstabe g)).

Mit Satz 3 werden die Rechte der Eltern gestärkt, in dem die Initiative für eine Elternversammlung auch aus der Mitte der Elternschaft kommen kann. Die hierfür erforderliche Mindestbeteiligung von einem Drittel der Eltern soll sicher stellen, dass nicht eine unrepräsentative Gruppe mit einer zu häufigen Einberufung von Elternversammlungen eine Elternmitwirkung auf breiter Basis durch Spezialinteressen gefährdet.

Zu Buchstabe f)

Die Regelung stärkt die Elternrechte. Mit Satz 2 wird heraus gestellt, dass der Inklusionsgedanke auch bei der Elternmitwirkung zu berücksichtigen ist. Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen kann nur erreicht werden, wenn das Augenmerk auch auf ihre besonderen Interessen gerichtet wird. In Satz 3 werden die Informationspflichten des Trägers und der Leitung der Einrichtung gegenüber der bisherigen Fassung ausgedehnt. Darüber hinaus erhält der Elternbeirat Anhörungsrechte, insbesondere zu Entscheidungen über das pädagogische Konzept, die personelle Besetzung, die Ausstattung, Öffnungszeiten und Aufnahmekriterien. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Mit den aufgenommenen Anhörungsrechten und einer Pflicht des Trägers zur angemessenen Berücksichtigung werden die Transparenz der Arbeit der Einrichtungen erhöht und somit das Vertrauen der Eltern als wichtige Voraussetzung für eine gelungene Zusammenarbeit gestärkt.

Daneben werden erstmals ausdrücklich Mitbestimmungsrechte in Fragen eingeführt, die die Eltern in finanzieller Hinsicht betreffen. Die beispielhafte Aufzählung in Satz 6 verdeutlicht, um welche Fragen es sich handeln kann.

Zu Buchstabe g)

Mit den Absätzen 6 bis 8 wird Elternmitwirkung auf örtlicher und überörtlicher Ebene mit gewählten und somit demokratisch legitimierten Vertretungspersonen ermöglicht.

Nach der Regelung in Absatz 6 erhalten die Elternbeiräte der Tageseinrichtungen die Möglichkeit, sich auf Jugendamtsebene zusammenzuschließen. Durch diese Erwei-

terung können Eltern über den Jugendamtselternbeirat zum Beispiel ihre Betreuungsbedarfe oder andere Angebotswünsche gegenüber den Jugendämtern und der örtlichen Jugendhilfe deutlich machen. Satz 2 stellt durch den Verweis auf Absatz 4 klar, dass auch bei der örtlichen Elternmitwirkung die Interessen von Kindern mit Behinderungen und ihren Eltern zu beachten sind. Mit Absatz 6 Satz 3 wird verdeutlicht, dass die Arbeit der Gremien von den örtlichen und überörtlichen Trägern der Jugendhilfe durch organisatorische Hilfestellung, durch Versammlungsräume oder das Zur-Verfügung-Stellen anderer Ressourcen unterstützt wird. Die Terminierung der Wahl des Jugendamtselternbeirates auf den Monat Oktober ist erforderlich, um einem von der aktuellen Elternschaft gewählten Jugendamtselternbeirat neben den Beteiligungsrechten auf Jugendamtsebene auch die Gelegenheit zur überörtlichen Elternmitwirkung zu geben. Das Quorum stellt die demokratische Legitimation und Repräsentation des Jugendamtselternbeirates sicher. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe muss dem Jugendamtselternbeirat bei wesentlichen die Kindertageseinrichtungen betreffenden Fragen, wie z. B. Elternbeitragsfragen, örtliche Bedarfsdeckung, Mitwirkungsmöglichkeiten gewähren, das heißt, zumindest über geplante Änderungen informieren und diese mit den Elternvertretungen erörtern.

Mit der Bestimmung in Absatz 7 wird erstmals die Grundlage für eine gewählte Interessenvertretung der Eltern auf Landesebene geschaffen. Die in den Jugendamtsbezirken aus der Mitte der Versammlungen der Elternbeiräte gewählten Vertretungspersonen (Jugendamtselternbeiräte) können sich auf Landesebene zu einer Versammlung zusammen schließen. Die Frist in Satz 2, innerhalb derer ein Landeselternbeirat gewählt werden kann, ist auf den 15. November fest gesetzt, um in den ersten vier Monaten eines Kindergartenjahres eine demokratisch legitimierte Mitwirkung auf Landesebene zu ermöglichen, die die aktuelle Elternschaft des jeweiligen Kindergartenjahres vertritt. Mit Rücksicht auf die flächenmäßige Ausdehnung Nordrhein-Westfalens muss der Landeselternbeirat nicht in der Versammlung selbst, sondern kann beispielsweise auch schriftlich gewählt werden. Die Mindestbeteiligung von zwei Dritteln der Jugendamtsbezirke sichert die demokratische Legitimation des Landeselternbeirates. Nach Satz 4 ist dem Landeselternbeirat vom jeweiligen Kinder- und Jugendministerium des Landes die Möglichkeit einzuräumen, bei wesentlichen die Kindertageseinrichtungen betreffenden Fragen mit zu wirken. Mitwirkung heißt

auch hier, dass Informationsrechte für die gewählte Elternschaftsvertretung bestehen.

Auch auf örtlicher und überörtlicher Ebene werden nach Absatz 8 (s. zu Buchstabe d)) Details zur Organisation, Verfahrensfragen, Wahlmodi, Stimmberechtigung, Protokoll und ähnliche Fragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gremien überlassen. Das Land unterstützt die Tätigkeit des Landeselternbeirates mit jährlich bis zu 10.000 EUR. Die Ausgaben, beispielsweise Reise- oder Versandkosten, sind dem Landschaftsverband Rheinland (Landesjugendamt) jeweils bis zum 1. Dezember nachzuweisen.

Zu Nummer 7 (§ 10)

Zu Buchstabe a)

Mit der Einfügung wird klar gestellt, dass die Untersuchungen in Kindertageseinrichtungen nicht ohne weiteres entfallen können. Es muss vielmehr gewährleistet sein, dass jedes Kind der Kindertageseinrichtung, wenn nicht durch jährliche Reihenuntersuchungen, durch andere Vorkehrungen mindestens einmal im Jahr ärztlich und zahnärztlich untersucht wird. Die frühzeitige Erkennung von (zahn-) gesundheitlichen Beeinträchtigungen und eventuellem Behandlungsbedarf ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Lage der Kinder. Körperliches und seelisches Wohlbefinden ist eine grundlegende Voraussetzung für die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder, jährliche Untersuchungen sind ein unerlässlicher Baustein des Kinderschutzes und der präventiven Gesundheitsbildung in den Tageseinrichtungen.

Zu Buchstabe b)

Durch die Änderung wird das Rauchen in Räumen, in denen Kinder in Kindertagespflege betreut werden, ausnahmslos verboten, unabhängig von der An- oder Abwesenheit von Kindern. Dies verbessert den Gesundheitsschutz der Kinder, denn neben der Geruchsbelästigung gehen von dem sogenannten kalten Rauch auch erhebliche Gesundheitsgefahren aus. In Räumen, in denen geraucht wird, bleiben durch den Rauch toxische Partikel auf den Oberflächen haften, die besonders für Kleinkinder gefährlich sind. Kinder sind nicht nur empfindlicher gegenüber diesen zahlreichen

Schadstoffen aus dem Zigarettenqualm, sie nehmen auch vieles in den Mund, kauen darauf herum, so dass auf diesem Wege Gifte in ihren Körper gelangen können.

Zu Nummer 8 (§ 12)

Zu Buchstabe a)

Die Änderung erweitert den Bereich der für Maßnahmen der Qualitätsentwicklung und -sicherung nutzbaren anonymisierten Daten. Absatz 3 wird zum einen im Hinblick auf den neuen Absatz 4 von „den vorstehenden Absätzen“ nach Absatz 3 a. F. und zum anderen wegen der Änderung von § 20 Abs. 4 (s. zu Nummer 12 Buchstabe b)) auf „nach diesem Gesetz“ ausgedehnt. Die Träger sind im Rahmen der Betriebs-erlaubnis gemäß § 47 SGB VIII meldepflichtig und im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften nach §§ 98 ff., 102 SGB VIII auskunftspflichtig. Für den Aufbau eines Berichtswesens und zur Vermeidung unnötigen Verwaltungsaufwandes sollen nach dem neunten Kapitel des SGB VIII vorhandene Daten genutzt werden (s. zu Buchstabe b)). Die Änderung korrespondiert mit § 103 SGB VIII.

Zu Buchstabe b)

Für die Evaluation und Fortentwicklung des Gesetzes ist der Aufbau eines verbindlichen Berichtswesens unerlässlich. Deshalb sollen zu diesem Zweck und zum Nachweis des Personaleinsatzes nach § 20 Abs. 4 bereits vorhandene Instrumente genutzt werden. Die einzelnen zu erhebenden Angaben über die Einrichtung, die Belegung und die pädagogischen Gruppenbereiche werden in Absatz 4 aufgezählt und entsprechen im Wesentlichen den statistischen Merkmalen nach dem Meldebogen.

Zu Nummer 9 (§ 16)

Zu Buchstabe a)

Mit der Klarstellung, dass Familienzentren die Hilfe und Unterstützung bei der Vermittlung, Beratung oder Qualifizierung von Tagespflegepersonen in Absprache mit dem zuständigen Jugendamt durchzuführen haben, wird einer Forderung vieler Jugendämter, Fachberatungs- und -vermittlungsdienste für Kindertagespflege und Familienzentren entsprochen. Die Ergänzung der Vorschrift stellt sicher, dass Familienzentren nicht ohne Kenntnis des zuständigen Jugendamtes oder der von diesem be-

auftragten Fachberatungs- oder -vermittlungsstelle bei einem freien Träger und ohne vertieftes Wissen im Bereich der Kindertagespflege die Aufgaben nach den §§ 23 ff. SGB VIII selbst wahr nehmen. Andererseits verdeutlicht die Vorschrift aber auch, dass in diesem Feld besonders qualifizierte Familienzentren als den Eltern vertraute Institutionen die Fachvermittlung und Fachberatung der Kindertagespflege im Auftrag des Jugendamtes und in Kooperation mit geeigneten Tagespflegepersonen im Sozialraum durchführen können.

Zu Buchstabe b)

Die Änderung korrigiert ein redaktionelles Versehen.

Zu Buchstabe c)

Mit der Änderung berücksichtigt die Regelung die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung der öffentlichen Jugendhilfe nach § 79 SGB VIII. Zu Beginn des Programms „Familienzentrum NRW“ wurden angehende Familienzentren durch die Landesregierung allein ausgewählt. Dies wurde von der öffentlichen Jugendhilfe kritisiert und entspricht nicht ihrer örtlichen Gesamtverantwortung.

Zu Nummer 10 (§ 17 Abs. 2)

Neben der redaktionellen Änderung in Absatz 2 Satz 2 (s. zu Nr. 3) wird durch die Anfügung eines Halbsatzes der Maßstab für den Lehrplan konkretisiert. Diese Ergänzung hat klarstellende Funktion. Mit der Umschreibung des inhaltlichen und zeitlichen Maßstabes wird die Gesetzesbegründung zu § 17 Abs. 2 a. F. in den Wortlaut der Bestimmung aufgenommen. Damit wird der allgemein anerkannte und vor dem Hintergrund der Gleichrangigkeit mit der Betreuung in Kindertageseinrichtungen und der Akzeptanz der Eltern unerlässliche Standard für die Qualifizierung von Tagespflegepersonen nunmehr im Gesetz erläutert.

Zu Nummer 11 (§ 19)

Zu Buchstabe a)

In den Pauschalen in der Anlage zu § 19 wurde die jährliche Anpassung von 1,5 v. H. in den Kindergartenjahren 2009/2010 bis einschließlich 2011/2012 berücksichtigt. Dementsprechend müssen die weiteren jährlichen Erhöhungen im Kindergartenjahr 2012/2013 beginnen.

Zu Buchstabe b)

In Absatz 3 werden die Sätze 1 und 2 neu gefasst und um eine Klarstellung im Hinblick auf eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung ergänzt. Mit dieser Änderung wird sicher gestellt, dass, entsprechend der Entwicklung in den Vorjahren, die Jugendhilfeplanung veränderte Betreuungsbedarfe zu längeren Betreuungszeiten auch künftig berücksichtigen kann. Steigerungen des Anteils der Kindpauschalen mit 45 Stunden wöchentlicher Betreuungszeit gegenüber dem Vorjahr sind auch im letzten Kindergartenjahr möglich. Vorbehaltlich weiterer Änderungen im Finanzierungssystem in

der zweiten Stufe der KiBiz-Revision, wird durch die Begrenzung auf 2 v. H. zugleich ausgeschlossen, dass eine Ausweitung der Betreuungszeiten lediglich aufgrund der Beitragsfreiheit unabhängig vom Bedarf eintritt. Mit Satz 4 werden über 2 v. H. hinausgehende Verschiebungen der Anteile an Kindpauschalen für über dreijährige Kinder mit einer längeren Betreuungszeit auf besonders zu begründende Einzelfälle, die der Zustimmung der Obersten Landesjugendbehörde bedürfen, beschränkt.

Zu Buchstabe c)

Um die Flexibilität zu steigern und die landesseitige finanzielle Unterstützung der Inklusion zu verbessern, werden die Sätze 3 und 4 des bisherigen Absatzes 3 in einem neuen Absatz 4 ergänzt. Die Aufnahme der Berechtigung in dem neuen Satz 2, Kindpauschalen zwischen dem 15. März, dem Datum der verbindlichen Mitteilung des Jugendamtes beim Land, und dem Beginn des Kindergartenjahres im Einvernehmen mit den Trägern zwischen Kindertageseinrichtungen im Jugendamtsbezirk verschieben zu können, kommt der Forderung vieler Jugendämter nach. Sie benötigen diese Flexibilität, um auch nach der verbindlichen Meldung und vor dem Beginn des Kindergartenjahres kurzfristig auf veränderte Bedarfssituationen reagieren zu können. Die Regelung stellt zudem sicher, dass das Land bei den verbesserten Reaktionsmöglichkeiten vor Ort keine über das am 15. März gemeldete Budget hinausgehenden finanziellen Belastungen zu tragen hat.

Mit der Einfügung von Satz 4 wird künftig sicher gestellt, dass sich das Land an der Finanzierung des zusätzlichen pädagogischen Aufwandes bei der Betreuung von Kindern mit Behinderung oder Kindern, die von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind, und bei denen dies von einem Träger der Eingliederungshilfe festgestellt wurde, auch dann beteiligt, wenn für dieses Kind zum 15. März noch keine erhöhte Pauschale wegen Behinderung für das folgende Kindergartenjahr angemeldet war. Bisher wurden Überschreitungen durch unterjährig hinzugekommene Kinder mit Behinderungen nur dann berücksichtigt, wenn diese Überschreitungen bei der Festsetzung der endgültigen Zahlungen bezogen auf die Einrichtung über 10 v. H. der jeweiligen Fördersumme hinausgingen. Nunmehr beteiligt sich das Land in jedem Einzelfall an der Finanzierung der wegen festgestellter Behinderung erhöhten Pauschale.

Zu Buchstabe d)

Redaktionelle Folgeänderung zu Buchstabe c).

Zu Buchstabe e)

Die Änderung der Absatznummerierung ist eine redaktionelle Folgeänderung zu Buchstabe c). Die Beschränkung der Kindpauschalen für Schulkinder auf wöchentliche Betreuungszeiten von 25 oder 35 Stunden in Satz 4 trägt dem Umstand Rechnung, dass eine 45-stündige Betreuung in der Kindertageseinrichtung in der Praxis nicht möglich ist. Wird für Kinder im Grundschulalter eine Unterrichtszeit von mindestens 20 Stunden pro Woche unterstellt, wären Kinder mindestens 65 Stunden pro Woche in Fremdbetreuung.

Diese Regelung wird ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 gelten, da eine rückwirkende Belastung der Träger, die ihre Planungen für das Kindergartenjahr 2011/2012 bereits weitgehend abgeschlossen haben, nicht zulässig ist. Daher wird die Beschränkung nur für Hortkinder relevant, da andere Schulkinder wegen des Stichtages in Absatz 5 Satz 1 dann nicht mehr in Kindertageseinrichtungen sein werden.

Zu Nummer 12 (§ 20)

Zu Buchstabe a)

Die Zahlenänderung in Satz 3 berücksichtigt die Anpassung um 1,5 v. H. seit dem Kindergartenjahr 2009/2010 durch die nach Satz 4 entsprechende Anwendung des § 19 Abs. 2. Die Zahlenänderung in Satz 5 (Bezugnahme auf den Zeitpunkt in Satz 2 statt in Satz 1) berichtigt ein redaktionelles Versehen.

Mit Satz 6 wird eine vergleichbare, früher in der Betriebskostenverordnung zum Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder enthaltene Regelung aufgegriffen. Gerade im Zuge des Ausbaus der U3-Betreuungsplätze hat sich gezeigt, dass trotz mittelbarer Eigentumsbeteiligung des Trägers Mietzuschüsse nach den vorstehenden Sätzen des Absatzes 2 möglich sein müssen, wenn und soweit im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013" neue Plätze für unter dreijährige Kinder geschaffen wurden. Diese Ausnahme dient dem Ziel aller Beteiligten, ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen und die Erfüllung des Rechtsanspruches ab 2013 zu ermöglichen.

Zu Buchstabe b)

Mit der Neufassung des Absatzes 3 wird ermöglicht, dass auch Waldkindergärten, das heißt, Kindergärten bei denen die Kinder in der freien Natur ohne Gebäude betreut werden, einen zusätzlichen Zuschuss von bis zu 15.000 EUR erhalten können. Die Umstellung von einer Spitzkostenabrechnung hin zu einer Subjektförderung durch das KiBiz hat Waldkindergärten häufig vor große Finanzierungsprobleme gestellt. Der für die Kinder in dieser Betreuungsform erforderliche erhöhte Personalschlüssel konnte mit den zur Verfügung gestellten Kindpauschalen nicht immer auskömmlich finanziert werden. Deshalb können die örtlichen Jugendämter im Benehmen mit dem Träger der Einrichtung künftig darüber entscheiden, ob ein Zuschuss i. H. v. bis zu 15.000 EUR geleistet werden kann, wenn ansonsten eine ausreichende Finanzierung nicht gesichert werden kann.

Zu Buchstabe c)

Die Änderung in Satz 1 ist redaktionell.

Mit der Neufassung des Satzes 2 wird, neben der redaktionellen Änderung (s. zu Nr. 4 Buchstabe d)), der Verwendungsnachweis des Trägers gegenüber dem Jugendamt abgeschafft. Auch wenn das Verwendungsnachweisverfahren des § 20 Abs. 4 durch das internetgestützte Verfahren „KiBiz.web“ unterstützt wird, haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt, dass mit der Erstellung und Prüfung des Verwendungsnachweises bei Trägern von Kindertageseinrichtungen und Kommunen ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand einhergeht, der dem Pauschalierungsgedanken zuwiderläuft.

Aus diesem Grunde wird auf die Erstellung und Prüfung des Verwendungsnachweises verzichtet. Zur Sicherung der pädagogischen Qualität der Kindertageseinrichtungen tritt an die Stelle des Verwendungsnachweises eine verbindliche Darstellung des Einsatzes des pädagogischen Personals in der Einrichtung. Das geeignete Instrument ist der Meldebogen, der bereits seit langer Zeit von den Einrichtungen auszufüllen ist und daher eine hohe Akzeptanz hat. Er bietet darüber hinaus den Vorteil, in das System „KiBiz.web“ integrierbar zu sein. Das Prüferecht des Jugendamtes des Satzes 5 wird im Hinblick auf den Verwendungsnachweis überflüssig. Es soll aber im

Hinblick auf die Darstellung des Einsatzes des pädagogischen Personals und den Nachweis zu den Rücklagen aufrecht erhalten werden, und wird insoweit in Absatz 5 verschoben.

Zu Buchstabe d)

Mit Satz 1 erfolgt eine redaktionelle Änderung (s. zu Nr. 4 Buchstabe d)).

Zur Beurteilung der Auswirkungen des Gesetzes werden die Träger mit der Anfügung von Satz 3 verpflichtet, die Entwicklung der Rücklagen anzugeben. Die Ergänzung des Satzes 4 hat klarstellende Funktion.

Sowohl die Dokumentation des Personaleinsatzes als auch die der Rücklagenentwicklung dienen zur Feststellung der Auswirkungen dieses Gesetzes und zu seiner Fortentwicklung und damit der Qualitätssicherung (s. zu Nummer 8 Buchstabe b)).

In Satz 5 wird das Prüfrecht des Absatzes 4 a. F. für die Nachweise nach Absätze 4 und 5 übernommen.

Zu Buchstabe e)

Mit dem neuen Absatz 6 wird die bisherige Bestimmung zum Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes aus der Verordnung zur Durchführung des Kinderbildungsgesetzes (Durchführungsverordnung KiBiz) in das Gesetz übernommen.

Zu Nummer 13 (§ 21)

Zu Buchstabe a)

Im Absatz 2 Satz 1 wird der Zuschussbetrag für die zusätzliche Sprachförderung aktualisiert und der derzeit geltende Stand übernommen.

Zu Buchstabe b)

Die Pauschale für alle Familienzentren wird um 1.000 EUR auf 13.000 EUR erhöht. Familienzentren, die Kinder und Eltern, Kinderbildung und Elternkompetenz gleichzeitig fördern, sollen besser als bisher unterstützt werden. Mögliche weitere Änderungen bleiben der zweiten Stufe der Revision vorbehalten, in der auch systematische Änderungen im Fördersystem geprüft werden. Im Übrigen handelt es sich bei

der Neuformulierung um eine redaktionelle Anpassung infolge der Änderungen in § 16 Abs. 1.

Zu Buchstabe c)

Um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit tatsächlich und wirkungsvoll zu unterstützen, bedarf es einer zusätzlichen Förderung vor allem bei Familien mit besonderem Hilfebedarf und in benachteiligten Milieus. Armut ist nicht gleich verteilt, sondern konzentriert sich in benachteiligten Stadtteilen. Hinzu kommt, dass gerade problembelastete Familien oft keinen Zugang zu unterstützenden Angeboten haben. Deshalb setzt die Landesregierung bei der Förderung der Familienzentren in sozialen Brennpunkten einen Schwerpunkt. Der zusätzliche Zuschuss für diese Familienzentren beträgt 1.000,00 EUR.

Zu Buchstabe d)

Mit Absatz 5 wird der Zuschuss des Absatzes 3 auf angehende Familienzentren erweitert. Kindertageseinrichtungen, die sich zu Familienzentren weiterentwickeln, soll die gleiche Planungssicherheit gewährt werden wie Familienzentren mit einem vom Land anerkannten Gütesiegel "Familienzentrum NRW". Voraussetzung dafür ist, dass teilnehmende Einrichtungen in die örtliche Jugendhilfeplanung aufgenommen und vom Jugendamt dem Land vorgeschlagen sind. Das Haushaltsgesetz legt die jährliche Höchstgrenze der Teilnehmer des Verfahrens für das vom Land anerkannte Gütesiegel fest. Die Landesregierung entscheidet über die Verteilung der in das Verfahren aufzunehmenden Einrichtungen auf die Jugendämter. Die Verteilung kann sich an der Zahl der Kinder der festgelegten Altersgruppe orientieren, sie kann sich aber auch nach der sozialen Belastung im Jugendamtsbezirk richten. Ebenso können beide Kriterien dem Verfahren zu Grunde gelegt werden. Als sozial belastet gelten Jugendamtsbezirke, die unter anderem einen hohen Anteil armer Familien oder Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen. Die angehenden Familienzentren erhalten ebenso wie die nach § 21 Absatz 3 n. F. geförderten einen zusätzlichen Zuschuss von 13.000 €. Im Einzelfall kann der Zuschuss ein zweites Kindergartenjahr gewährt werden. Einrichtungen in sozialen Brennpunkten erhalten während des Qualitätsentwicklungsjahres ebenfalls die weitere Förderung nach Absatz 4 n. F.

Die Landesregierung wird den Ausbau der Familienzentren bedarfsgerecht gestalten.

Zu Buchstabe e)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Buchstaben c) und d)).

Zu Buchstabe f)

Die in § 21 Abs. 5 a. F. vorgesehene Möglichkeit der Kontingentierung des Ausbaus der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder soll entfallen. Mit dem ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für die ein- und zweijährigen Kinder stehen alle Beteiligten vor großen finanzielle Herausforderungen. Um Barrieren beim Ausbau abzubauen und Behinderungen zu vermeiden, soll künftig auf die jeweils zu Jahresbeginn vorgenommene landesseitige Kontingentierung verzichtet werden.

Zu Buchstabe g)

1) Redaktionelle Folgeänderung (s. Buchstaben c) bis f)).

2) Neben der redaktionellen Folgeänderung (s. zu Nummer 4 Buchstabe d)) wird durch die zweite Änderung in Satz 2, der Streichung der Wörter „an Ganztagsplätzen“, insbesondere mit Hinblick auf die schrittweise Einführung der Elternbeitragsfreiheit deutlich gemacht, dass die Jugendämter unabhängig von der Kostentragung für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot Sorge zu tragen haben. Dies kann auf einen Ganztagsplatz, aber auch auf einen Platz mit einem Betreuungsumfang von 25 oder 35 Stunden gerichtet sein.

3) Das KiBiz gibt keine Planungsdaten mehr vor (s. zu Buchstabe f)), daher erübrigt sich diese Regelung.

Zu Buchstabe h)

Die Einführung des elternbeitragsfreien Kindergartenbesuchs führt zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen. Unter Beachtung von Kon-nexitätsgesichtspunkten gleicht das Land diese entfallenden Einnahmen aus.

Da die Elternbeitragsfreiheit schrittweise eingeführt wird, ist im Kindergartenjahr 2011/2012 zunächst der Besuch des Kindergartens im letzten Jahr vor der Einschulung beitragsfrei. Dabei wird rechnerisch davon ausgegangen, dass jeweils ein Drittel der Kinder die Einrichtungen im ersten, zweiten und dritten Kindergartenjahr besucht.

Vorgesehen ist eine pauschale Erstattung von 19 % der Summe der im Jugendamtsbezirk anfallenden Kindpauschalen für ein Kindergartenjahr. Der Anteil von 19 % wird gewählt, da im Rahmen der Erarbeitung des KiBiz ein durchschnittliches Elternbeitragsaufkommen in dieser Höhe der Berechnung der Finanzierungsanteile der §§ 20 und 21 KiBiz zu Grunde gelegt worden ist.

Auf der Basis eines Drittels des 19 % Anteils nach der im KiBiz.web hinterlegten Anzahl der Kindpauschalen für alle Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung hat die Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr eine Mehrbelastung des Landes von rd. 75,8 Mio. EUR zur Folge, für das Haushaltsjahr 2012 von rd. 184,8 Mio. EUR.

Der Verweis auf die Regelung des § 19 Abs. 2 stellt sicher, dass Kostensteigerungen berücksichtigt werden.

Zu Nummer 14 (§ 22)

Zu Buchstabe a)

Im Absatz 1 wird der aufgrund Rechtsverordnung erhöhte Zuschussbetrag für die Kindertagespflege aktualisiert und der derzeit geltende Stand übernommen.

Zu Buchstabe b) bis c)

Redaktionelle Änderungen (s. zu Nummer 3)

Zu Buchstabe d)

Folgeänderung zu Nummer 4 Buchstabe e).

Zu Buchstabe e)

Redaktionellen Folgeänderungen (s. Nummer 11 Buchstaben b) und c) und Nummer 13 Buchstabe f)). Die Streichung der Kontingentierungsregelung des § 21 Abs. 5 a. F. macht die Bezugnahme auf diese Regelung hinfällig.

Zu Buchstabe f)

Auch für die Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt, die in der Kindertagespflege betreut werden, soll schrittweise auf die Erhebung von Elternbeiträgen verzichtet werden, 2011/2012 beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung (s. Nr. 15 b). Bei der Erstattung der entsprechenden Einnahmeausfälle der Kommune durch das Land (s. Begründung zu Nr. 13 Buchstabe h)) wird von einem durchschnittlichen Elternbeitrag von 120 EUR pro Monat bzw. 1.440 EUR pro Kind pro Kindergartenjahr ausgegangen. Nach den KiBiz.web-Daten zum 15.03.2011 werden 3.165 Kinder im Alter von mehr als drei Jahren in der Kindertagespflege betreut. Der Gesamtbetrag der hierfür gezahlten Elternbeiträge würde damit bei rd. 4,5 Mio. EUR pro Kindergartenjahr liegen. Der Einnahmeausfall für ein Drittel der Kinder im Alter zwischen drei Jahren bis zum Schuleintritt, die in Kindertagespflege betreut werden, beträgt somit rd. 1,5 Mio. Euro. Eine Erstattung kann im Zahlungssystem für die Kindertagespflege, d. h. pro Kindergartenjahr in zwei gleichen Beträgen, erfolgen. Die Belastung des Landeshaushalts wird daher im Jahr 2011 bei rd. 0,8 Mio. EUR und im Jahr 2012 bei 1,5 Mio. EUR liegen.

Zu Nummer 15 (§ 23)

Zu Buchstabe a)

Die Ergänzung der Überschrift erfolgt, um den wichtigen Schritt der Elternbeitragsfreiheit für gleichen Zugang zu früher Bildung schon im Titel der Bestimmung zum Ausdruck zu bringen (s. Buchstabe b))

Zu Buchstabe b)

In Absatz 3 wird die erste Stufe der Elternbeitragsfreiheit festgelegt. Alle Kinder müssen die Chance haben, ihre Talente zu entfalten und früh optimal gefördert zu werden. Deshalb wird der Zugang zu früher Bildung im Kindergarten schrittweise beitragsfrei. Das heißt, jedes Kind muss die Möglichkeit haben, das Angebot an Bildung, Erziehung und Betreuung durch den Kindergarten als zentraler Institution früher Bildung wahr zu nehmen. Mit Beginn des Kindergartenjahres 2011/2012 ab 01.08.2011 entfällt die Beitragszahlung für alle Kinder, die ein Jahr später, am 01.08.2012 schulpflichtig werden. Die Regelung in Satz 2 stellt sicher, dass auch sog. "Kann-Kinder" bei verbindlicher Anmeldung für das folgende Schuljahr elternbeitragsbefreit werden.

Geht das Kind dann allerdings erst ein weiteres Jahr später in die Grundschule, gilt die Beitragsfreiheit - wie bei Regelkindern auch - längstens 12 Monate.

Zu Buchstabe c)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Buchstaben b)).

Zu Buchstabe d)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Buchstaben b) und c)).

Mit der Aufnahme der Wörter "oder Kindertagespflege" wird gewährleistet, dass auch Elternbeiträge für die Inanspruchnahme eines Platzes in der Kindertagespflege sozial zu staffeln und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie die Betreuungszeit zu berücksichtigen sind (vgl. § 90 SGB VIII).

Zu Buchstabe e)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Buchstaben b) bis d)).

Zu Nummer 16 (§ 26)

Zu Buchstabe a)

In dieser Regelung wird nunmehr auch festgelegt, welches Verfahrensrecht gilt, die Überschrift ist entsprechend anzupassen.

Zu Buchstabe b)

Mit dem neuen Absatz 1 wird klargestellt, dass die Vorschriften des SGB X für das Verwaltungsverfahren maßgeblich sind. Eine solche klarstellende Regelung fehlte bisher.

Zu Buchstabe c)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Buchstabe b))

Zu Buchstabe d)

Künftig sollen die Anpassungen jeweils zum Kindergartenjahr erfolgen. Im Hinblick darauf, dass die letzte Erhöhung 2010 erfolgt sollen die künftigen Anpassungen mit dem Kindergartenjahr 2012/2013 beginnen.

Zu Buchstabe e)

Über die bisherigen Ermächtigungen hinaus kann das Land künftig Kriterien für "soziale Brennpunkte" im Sinne dieses Gesetzes vorgeben. Die Ermächtigung für eine Regelung zum Prüfrecht des Landesrechnungshofes ist durch die Neuregelung in § 20 Abs. 6 entbehrlich (s. zu Nummer 12 Buchstabe d)

Zu Buchstabe f)

Redaktionelle Folgeänderung (s. zu Buchstaben b) und c))

Zu Nummer 17 (§ 27)

Zu Buchstabe a)

Die Absätze 1 und 2 sind nicht mehr erforderlich, da das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder, die Betriebskostenverordnung (BKVO) und die Verfahrensverordnung-GTK durch das KiBiz außer Kraft gesetzt wurden.

Zu Buchstabe b)

Redaktionelle Folgeänderung zu Buchstabe a).

Zu Buchstabe c)

Neben der redaktionellen Folgeänderung muss auf Grund der Streichung der bisherigen Absätze 1 und 2 die Betriebskostenverordnung genauer zitiert werden. Mit der Ergänzung des Satzes 3 wird lediglich klargestellt, dass entsprechend der Regelung der BKVO, die nach dem GTK gebildeten Rücklagen angemessen zu verzinsen sind.

Zu Buchstabe d)

Die Regelung ist durch Zeitablauf überflüssig.

Zu Nummer 18 (§ 28)

Zu Buchstabe a)

Die Landesregierung wird verpflichtet, weiterhin die Auswirkungen des KiBiz zu überprüfen. Zusätzlich zu den Kommunalen Spitzenverbänden, Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Kirchen werden künftig die Eltern und Beschäftigten sowie ihre Verbände beteiligt. Bei der ausdrücklich aufgezählten Überprüfung der Bedarfsgerechtigkeit der Angebotsstruktur, des Finanzierungssystems und der Auskömmlichkeit sind u. a. Belange der Kinder mit Behinderungen zu beachten.

Zu Buchstabe b)

In einem neuen zweiten Absatz wird die Landesregierung verpflichtet, dem Landtag über die Auswirkungen des Änderungsgesetzes bis zum 31. Dezember 2013 zu berichten. Der Berichtstermin gewährleistet, dass ein ausreichender Zeitraum für die Auswertungen zur Verfügung steht.

Zu Nummer 19 (Anlage zu § 19)

Die neuen Beträge der Kindpauschalen in den Tabellen (3. Spalte) berücksichtigen zum einen die seit dem In-Kraft-Treten des KiBiz eingetretenen prozentualen Erhöhungen der Pauschalen (vgl. § 19 Abs. 2).

Zum Anderen sind die Kindpauschalen in den Gruppenformen I und II, also den Gruppen, in denen unter dreijährige Kinder betreut werden, um den Kostenanteil erhöht, den die Berücksichtigung zusätzlicher Ergänzungskraftstunden im so genannten ersten Wert ausmacht. Zu Grunde gelegt wurden Kosten für eine Ergänzungskraft von 40.000 EUR pro Jahr und folgende zusätzlichen Stundenkontingente:

Betreuungszeit	Zusätzliche Ergänzungskraftstunden
25 Stunden	12 Stunden
35 Stunden	16 Stunden
45 Stunden	20 Stunden

In der Spalte Personal (letzte Spalte) finden sich die zusätzlichen Ergänzungskraftstunden wieder.

Die aufgenommene Formulierung "Personalkraftstunden/Personalkosten (PKS)" dient der Klarstellung. Das heißt, wie bisher, können in jeder Gruppenform auch künftig auf dem so genannten zweiten Wert, den sonstigen Personalkraftstunden Fachkräfte oder Ergänzungskräfte eingesetzt werden.

Darüber hinaus wird die Pauschale für unterdreijährige Kinder mit Behinderungen, die in der Gruppenform II mit 45 Stunden wöchentlicher Betreuungszeit betreut werden um 1.000 EUR erhöht. Damit wird der oft vorgebrachten Kritik Rechnung getragen, dass die Pauschale für U3-Kinder mit Behinderungen, die in der Gruppenform II mit 45 Stunden betreut werden, im Fall der festgestellten Behinderung gegenüber der Pauschale für U3-Kinder ohne Behinderung nicht erhöht war und dem behinderungsbedingten pädagogischen Mehraufwand nicht Rechnung getragen wurde.

Zu Artikel 2

Mit dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) vom 16.12.2008 wurde unter anderem die bis dahin in § 69 Absatz 6 Aechtes Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - enthaltene Bestimmung gestrichen, wonach kreisangehörige Gemeinden, die nicht örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, Aufgaben der Jugendhilfe für den örtlichen Bereich wahrnehmen können.

Die kommunalen Spitzenverbände haben zwischenzeitlich darauf aufmerksam gemacht, dass von Seiten der kommunalen Praxis von der Regelung des § 69 Absatz 6 SGB VIII a. F.: zur Intensivierung von engen Kooperationen zwischen den Kreisjugendämtern und den kreisangehörigen Gemeinden vielfach Gebrauch gemacht wurde. Nach der Streichung des § 69 Absatz 6 SGB VIII a. F. bestehe nunmehr Rechtsunsicherheit, ob diese Kooperationen auch weiterhin ohne gesetzliche Grundlage weitergeführt werden können.

Um diese bestehende Rechtsunsicherheit zu beseitigen, soll nunmehr in das AG-KJHG in § 1a ein Absatz 3 angefügt werden, der dem Wortlaut nach, dem des gestrichenen § 69 Absatz 6 SGB VIII a. F. entspricht.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift regelt das In-Kraft-Treten des Gesetzes.

Wurf